



Harald Kuhn
Vorsitzender des IBS

Sehr geehrte Kolleginnen
und Kollegen,

Anfang Januar dieses Jahres hat sich der Vorstand des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen dazu entschlossen, Bildungsminister Prof. Dr. Zöllner in einem offenen Brief auf die nach unserer Auffassung zum Teil substantiell gravierenden Defizite der Reform aufmerksam zu machen. Die Reaktion des Bildungsministers finden Sie auf der nächsten Seite. Beachtenswert war allerdings die Re-

aktion der Berliner Presselandschaft, wie wir Ihnen in Auszügen ebenfalls auf den nächsten Seiten nahe bringen wollen.

Zu guter Letzt weise ich noch ausdrücklich auf die Mitgliederversammlung des IBS hin. Am 27. April dieses Jahres ab 18.00 Uhr findet diese im Haus der Deutschen Wirtschaft statt. Hauptthema dieser Mitgliederversammlung wird die Arbeitszeitbelastung von Schulleitungsmitgliedern sein. Hier sind aus Sicht des Vorstandes Veränderungen überfällig. Damit der Vorstand auch Ihre Interessen vertreten kann ist Ihre Meinung wichtig. Nehmen Sie deshalb zahlreich an der Mitgliederversammlung teil! Natürlich erhalten Sie noch eine gesonderte Einladung.

Offener Brief des IBS

an Senator Prof. Dr. E. Zöllner zur Schulstrukturreform

Sehr geehrter Herr Zöllner!

Die Schulstrukturreform wird vom Interessenverband Berliner Schulleiter (IBS) grundsätzlich begrüßt, da sie u.E. letztlich ohne eine ernsthafte Alternative ist. Wir alle erhoffen uns im Ergebnis nicht nur eine deutliche Verbesserung der Chancengleichheit, sondern ebenso eine erhebliche Qualitätsverbesserung des schulischen Bildungsangebots in der Berliner Schule insgesamt.

Insoweit können Sie sich unserer Unterstützung sicher sein. Unser Verband sieht allerdings sowohl in einer Reihe von substantiellen inhaltlichen Fragen wie auch bei den Rahmenbedingungen gravierende Defizite, welche den Erfolg der Reformen schon jetzt fragwürdig erscheinen lassen.

Als Schulleitungsverband sehen wir uns schon deshalb zur Positionierung und Intervention aufgefordert, weil Dimension und Komplexität der Reform jedes Schulleitungshandeln vor völlig neue Herausforderungen und Belastungsprofile stellen.

Statt wenig hilfreicher Pauschalkritik möchten wir unsere kritischen Hinweise und konkreten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Strukturreform hiermit zur Diskussion stellen.

In folgenden Problemfeldern besteht u.E. dringender Handlungsbedarf. Zur Verwirklichung des Bildungsauftrages der neuen Sekundarschulen benötigen die Schulleitungen größere Handlungsfreiheit in allen Fragen der Personalpolitik. Schulleitungen müssen die Möglichkeit haben, zusätzliches externes Personal unbürokratisch zu beschäftigen, ohne von

Personalräten blockiert zu werden. Deshalb halten wir eine Anpassung des Personalvertretungsgesetzes an die neuen Gegebenheiten für dringend geboten.

Das Beispiel der Carl-Friedrich-Zelter Schule zeigt, in welcher eklatanter Weise Reformbemühungen eines engagierten Kollegiums durch bürokratische Personalpolitik zunichte gemacht werden können. An der Friedrichshainer Schule hatte der Personalrat die Einstellung einer Assistentin, eines sog. Fellows verhindert, obwohl das Kollegium ein einstimmiges Votum für die Einstellung abgegeben hatte.

Die Umsetzung der Reformen führt nicht nur bei Schulleitungen, sondern auch bei den betroffenen Kollegien zu erheblichen organisatorischen und pädagogischen Mehrbelastungen. Deshalb fordert der IBS ein zusätzliches Zeitbudget für den Prozess der Schul- und Qualitätsentwicklung. Zusätzlich zur Einführung eines zweiten Studientages müssen die Schulen hierfür fünf Prozent des Gesamtstundendeputats einer Schule zur Verfügung gestellt werden.

Vor dem Hintergrund der größeren Heterogenität der Schülerschaft der Sekundarschulen und dem erklärten Willen auch der Berliner Schulpolitik zur Umsetzung der Inklusion müssen die Klassenfrequenzen schrittweise auf 22 Schüler abgesenkt werden.

Erforderlich ist auch die flächendeckende Bereitstellung sozialpädagogischer Kompetenz verschiedener Professionen an jeder Schule.

Die in der neuen SEK-I-Verordnung beschriebenen Kooperationsvereinbarungen für die integrierten Sekundarschulen und die Gymnasien werden grundsätzlich begrüßt. Das gilt ebenso für das Duale Lernen, das ebenfalls über Kooperationsvereinbarungen realisiert werden soll. Die hiermit verbundenen Aufgaben binden aber in den Sekundarschulen erhebliche Kapazitäten, insbesondere im Personalbereich. Dieser völlig neue Aufgabenbereich stellt vor allem die Schulleitungen vor Herausforderungen, die mit „Bordmitteln“ allein nicht bewältigt werden können.

Der IBS hält es deshalb für dringend erforderlich, die schulischen Rahmenbedingungen den neuen Erfordernissen anzupassen:

- a) Einrichtung der Stelle eines Qualitätsbeauftragten auch für Sekundarschulen ohne Oberstufe.
- b) Benennung eines „Kooperationsbeauftragten“ mit einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung um 4 Stunden.
- c) Anpassung der Klassenfrequenzen auf 22 statt 26 Schüler.
- d) Deutliche Erhöhung der Leitungszeit für ständige Vertreter und Schulleiter.

Die Kürzung der Stundentafel für die Sekundarschule halten wir für außerordentlich problematisch, weil diese Maßnahme zu einer Benachteiligung der Schüler in der Sekundarschule führen kann. Auch die angestrebte Gleichwertigkeit der Bildungsgänge beider Schularten gerät dadurch in eine Schieflage.

Auf die in der neuen SEK-I-Verordnung festgeschriebene Probezeit sollte zugunsten noch zu definierender Leistungsvoraussetzungen sowie dem Profil der gewünschten Schule als vorrangige Aufnahmekriterien verzichtet werden.

Die in der neuen SEK-I-VO vorgesehene Probezeit am Gymnasium steht in eklatantem Widerspruch zu wiederholten Äußerungen aus Ihrem Hause über die Gleichwertigkeit des Bildungsgangs der Sekundarschule mit dem des Gymnasiums.

In den bisherigen Konzeptionen des Schulsenats zur Schulstrukturreform war das sogenannte Abschulen für die Berliner Schule ausdrücklich nicht mehr vorgesehen. Die pädagogisch zweifelhafte Methode des Abschulens wird nun durch die Beibehaltung einer Probezeit am Gymnasium wieder zu einem integralen Bestandteil der Sekundarstufe I in der Berliner Schule.

Stattdessen muss der Grundsatz der individuellen Förderung der Schüler die pädagogische Leitlinie des schulischen Handelns in ausnahmslos allen Schularten sein. Dieses vorrangige Ziel der Schulstrukturreform kann nicht den neuen Sekundarschulen vorbehalten sein.

Unser Verband geht davon aus, dass Sie mit uns in einen konstruktiven Dialog über unsere Vorschläge eintreten werden, um das ehrgeizige Projekt der Berliner Schulreform zum Erfolg werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Kuhn
Vorsitzender

Die Reaktion des Senators

Stille

Pressereaktionen

Berliner Zeitung vom 18.1.2010: Für eine Reform der Bildungsreform Schulleiter sehen Mängel

Von Martin Klesmann

Der Interessenverband Berliner Schulleitungen (IBS) hat in einem offenen Brief an Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD) Nachbesserungen bei der Schulreform angemahnt. Die Schulleiter fordern, die Klassengröße an den neuen Sekundarschulen „stufenweise auf 22 Schüler abzusenken“. Dies sei erforderlich wegen der „Zusammensetzung der Schülerschaft“ sowie der verstärkten Integration behinderter Kinder. Bisher ist an den Sekundarschulen laut Gesetz eine Klassengröße von „bis zu 26 Schülern“ geplant.

Die Schulleiter wollen zudem mehr Handlungsfreiheit in der Personalpolitik, um externes Personal unbürokratisch einstellen zu können. Auch benötigen die Lehrer einen zweiten Studientag, um die organisatorischen und pädagogischen Mehrbelastungen durch die Reform abzufangen, so IBS-Vorsitzender Harald Kuhn, Schulleiter der Spandauer Traven-Gemeinschaftsschule. Er kritisiert auch, dass an den Sekundarschulen weniger Unterricht stattfinden wird als an den Gymnasien. Das Probejahr am Gymnasium lehnt der IBS ebenfalls ab, da es „gegen das erklärte Ziel der Gleichwertigkeit beider Schulformen spricht“. Insgesamt unterstützen die vielen Berliner Schulleiter, die im IBS organisiert sind, aber Zöllners Schulreform.

Ab dem nächsten Schuljahr soll es als weiterführende Schule neben dem Gymnasium nur noch die Sekundarschule geben, in der Haupt-, Real- und Gesamtschule aufgehen. Dagegen machte am Wochenende erneut das konservative Aktionsbündnis Gegliedertes Schulwesen Berlin-Brandenburg mobil, das insbesondere die Realschulen nicht abschaffen, sondern sogar schon mit der 5. Klasse beginnen lassen will. „Das Aktionsbündnis wird im Jahr 2010 mit Veranstaltungen und Kongressen an die Öffentlichkeit gehen und vor allem die bürgerlichen Schichten, die CDU, die FDP, die Kirchen und Teile der Grünen für eine pluralistische Schullandschaft mit Gymnasien und Realschulen zu gewinnen versuchen“, sagte Gerhard Schmid, Landesvorsitzender des Bundes Freiheit der Wissenschaft. „Im Jahr 2011 wird sich das Aktionsbündnis in den Wahlkampf einmischen.“

Pikant: Schmid ist noch bis zu seiner Pensionierung im Sommer hauptberuflich Oberschulrat von Friedrichshain-Kreuzberg - und soll dort die rot-rote Schulreform umsetzen.

Berliner Morgenpost am 19. Januar 2010 Direktoren für Nachbesserung der Schulreform

Von Regina Köhler

Die Vereinigung der Berliner Schulleiter in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat Nachbesserungen bei der Schulreform gefordert. „Die Gymnasien müssen ihre Sonderstellung verlieren“, sagte Paul Schuknecht, Vorsitzender der Vereinigung. Schuknecht sprach sich für die Abschaffung des Probejahres sowie des Sitzenbleibens am Gymnasium aus.

„Die neuen Sekundarschulen werden zu Schulen zweiter Klasse, wenn es dabei bleibt, dass die Gymnasien ihre Schüler aussortieren können, die Sekundarschulen aber alle Schüler nehmen müssen.“

Die Schulreform war am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der

Koalitionsfraktionen im Parlament beschlossen worden. Kern der Reform ist die Abschaffung der Hauptschule. Haupt-, Real und Gesamtschulen gehen in der neuen Sekundarschule auf. Daneben soll es im Oberschulbereich nur noch das Gymnasium geben.

Schuknecht forderte, dass mit der Schulreform auch die Gymnasien sich umstellen. Alle Schüler müssten gefördert werden, sagte der Schulleiter der Friedensburg-Gesamtschule. Ansonsten würden in den Sekundarschulen sämtliche Problemschüler sitzen, während an den Gymnasien nur besonders ausgewählte Schüler lernen würden. „Das ist sozial ungerecht.“

Bitte melden Sie Umzüge oder sonstige Änderungen unserer Geschäftsstelle:
Herr Gerd KNOPPICK, Invalidenstraße 123, 10115 Berlin, Tel. 5 43 60 49, Fax 54 98 36 25
E-Mail g.knoppick@ibs-verband.de

Auch der Interessenverband Berliner Schulleiter (IBS) forderte in einem offenen Brief an Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD), Sekundarschulen und Gymnasien zu gleichwertigen Schulen zu machen. „An den Gymnasien müssen neue Unterrichtsmethoden eingeführt werden, damit alle Schüler individuell gefördert werden können“, sagte Harald Kuhn, Vorsitzender der IBS. „Sekundarschulen dürfen nicht zu Auffangbecken für die Schüler werden, die am Gymnasium nicht klar kommen“, so Kuhn.

Ralf Treptow, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren, wies diese Forderungen zurück. „Wenn wir den freien Elternwillen haben, brauchen wir ein Probejahr“ sagte er. Die Nichtversetzungsmöglichkeit nach der 8. oder 9. Klasse sei nötig, weil es künftig zwei Geschwindigkeiten zum Abitur gebe, so Treptow.

Senator Zöllner verweist darauf, dass beide Schulformen gleichwertige Schulabschlüsse bieten.

Homepage in neuem Gewand

An alt bewährter Stelle (www.ibs-verband.de), aber in gänzlich neuem Layout präsentiert sich der Verband auf seiner Homepage. Schauen Sie einfach mal vorbei! Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen! (webmaster@ibs-verband.de)

Fortbildungsverzeichnis erschienen

Auch im zweiten Schulhalbjahr bieten wir Ihnen attraktive Fortbildungen in Berlin an. Überzeugen Sie sich von dem Angebot in der neuen Fortbildungsbroschüre oder auf unserer Homepage (www.ibs-verband.de). Ihre Anmeldung nimmt unsere Geschäftsstelle gerne für Sie entgegen.

In eigener Sache

Immer wieder müssen wir feststellen, dass die bei uns gespeicherten Mitgliederangaben nicht mehr aktuell sind. Wir möchten Sie jedoch verlässlich erreichen und unsere Tätigkeit auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder abstimmen. Deshalb teilen Sie bitte alle Veränderungen unbedingt unserer Geschäftsstelle (service@ibs-verband.de) mit. Insbesondere aber:

- Adressenänderungen
- Übernahme einer anderen Funktionsstelle
- Schulwechsel
- eMail-Veränderungen

IBS-Newsletter erschienen

Aktuelle informieren möchte der IBS seine Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit mit einem regelmäßigen Newsletter. Die erste Ausgabe ist im März erschienen. Er ist auch auf der Homepage www.ibs-verband.de zu finden.

Sie haben den Newsletter nicht erhalten? Das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass bei uns keine eMailadresse oder eine alte eMailadresse gespeichert ist. Dann senden Sie eine eMail an service@ibs-verband.de mit ihrer gültigen eMail.

Bitte vormerken:

27. April 2010 18.00 Uhr

Jahresmitgliederversammlung
im Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 59,
10178 Berlin

Thema:

Arbeitszeitbelastung für
Schulleitungsmitglieder